

Deutschland-Langenlonsheim: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

OJ S 198/2023 13/10/2023

Auftragsbekanntmachung**Dienstleistungen****Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg

Postanschrift: Naheweinstraße 80

Ort: Langenlonsheim

NUTS-Code: DEB14 Bad Kreuznach

Postleitzahl: 55450

Land: Deutschland

E-Mail: f.schmidt@vg-ls.de**Internet-Adresse(n):**Hauptadresse: www.Langenlonsheim-Stromberg.de**I.3. Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK761UB/documents>Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YK761UB>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Webeler Rechtsanwälte

Postanschrift: Löhrrstraße 99

Ort: Koblenz

NUTS-Code: DEB11 Koblenz, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 56068

Land: Deutschland

E-Mail: t.frank@webeler-rechtsanwaelte.de

Telefon: +49 261/988662-0

Fax: +49 261/988662-20

Internet-Adresse(n):Hauptadresse: www.webeler-rechtsanwaelte.de**I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für die Erweiterung der Grundschule Langenlonsheim, Los 2: Fachplanungsleistungen TGA HLS, Leistungsphasen 1-9
Referenznummer der Bekanntmachung: 51/23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Grundschule Langenlonsheim ist eine 3-zügige Grundschule. Sie soll umfangreich erweitert werden mit 6 Unterrichtsräumen samt Nebenräumen, insgesamt mit einer BGF von 2.247,75 m². Der Neubau erfolgt dreigeschossig (EG/OG/1. OG), teilweise in Holzständerbauweise. Zum Zwecke der Erweiterung wird das bestehende Sporthallengebäude vollständig abgerissen; die freiwerdende Fläche wird neu bebaut.

Eine Mensa mit Speiseraum für 240 Personen ist zu planen.

Eine Vorstudie ist bereits erstellt, eine Genehmigungsplanung ist in Bearbeitung. Die Vorstudie ist einzuarbeiten, zu überprüfen und als richtig anzuerkennen. Sie ist Bestandteil der Vergabeunterlagen, weil nicht auszuschließen ist, dass sich das erstellende Büro auf diese Ausschreibung bewerben wird.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71321200 Heizungsplanung, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71520000 Bauaufsicht, 71521000 Baustellenüberwachung

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DEB14 Bad Kreuznach

Hauptort der Ausführung: 55450 Langenlonsheim

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Die Grundschule Langenlonsheim ist eine 3-zügige Grundschule. Sie soll umfangreich erweitert werden mit 6 Unterrichtsräumen samt Nebenräumen, insgesamt mit einer BGF von 2.247,75 m². Der Neubau erfolgt dreigeschossig (EG/OG/1. OG), teilweise in Holzständerbauweise. Zum Zwecke der Erweiterung wird das bestehende Sporthallengebäude vollständig abgerissen; die freiwerdende Fläche wird neu bebaut.

Eine Mensa mit Speiseraum für 240 Personen ist zu planen.

Eine Vorstudie ist bereits erstellt, eine Genehmigungsplanung ist in Bearbeitung. Die Vorstudie ist Bestandteil der Vergabeunterlagen, weil nicht auszuschließen ist, dass sich das erstellende Büro auf diese Ausschreibung bewerben wird.

Die Baukosten betragen geschätzt (brutto):

AG 1 Abwasser-, Wasser- und Gasanlagen 182.060,95 EUR

AG 2 Wärmeversorgungsanlagen 288.263,18 EUR

AG 3 Lufttechnische Anlagen 153.096,71 EUR

AG 7 Nutzungsspezifische Anlagen 92.409,73 EUR

Ausgeschrieben werden alle für die Erweiterung der Grundschule Langenlonsheim erforderlichen Planungs- und Bauüberwachungsleistungen. Die Beschreibung des Leistungsinhalts orientiert sich an den Vorgaben der HOAI 2021.

Mit dieser Ausschreibung als Los 2:

Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für die Erweiterung der Grundschule Langenlonsheim, Fachplanungsleistungen TGA HLS, Leistungsphasen 1-9 Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Technischen Ausrüstung HLS, § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15.

In weiteren Losen:

Los 1: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Gebäude gemäß § 34 HOAI in Verbindung mit Anlage 10 unter Überprüfung der Genehmigungsplanung ab der Leistungsphase 4, Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Objektplanung Freianlagen, § 39 HOAI in Verbindung mit Anlage 11 in den Leistungsphasen 1-9,

Los 3: Planungs- und Bauüberwachungsleistungen der Technischen Ausrüstung Elektro, § 55 HOAI in Verbindung mit Anlage 15,

Los 4: Tragwerksplanungsleistungen, § 51 HOAI in Verbindung mit Anlage 14.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Methoden für eine schnellstmögliche Planung und Baufertigstellung / Gewichtung: 10

Qualitätskriterium - Name: Intensität der Bauüberwachung und -betreuung / Gewichtung: 30

Preis - Gewichtung: 60

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/02/2024 Ende: 31/12/2029

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3Höchstzahl: 5Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für Baumaßnahme, die die Mindestanforderungen an Referenzen gemäß Ziffer III.1.3) der Bekanntmachung erfüllen (50%);
 2. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen in Jahren (Projektleitung und stellvertretende Projektleitung) (25%);
 3. Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen erfüllen (25%).
- Es ist möglich, ein Mehr an Eignung durch weitere Referenzen nachzuweisen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Eine stufenweise Beauftragung ist beabsichtigt:

Beauftragt werden zunächst die Fachplanungsleistungen der TGA HLS nach § 53 HOAI in Verbindung mit Anlage 15 in den Leistungsphasen 1-4 als Leistungsstufe 1, in einer zweiten Leistungsstufe die Leistungsphasen 5-9. Die Beauftragung der zweiten Leistungsstufe erfolgt optional; es besteht kein Anspruch des Auftragnehmers auf entsprechende Beauftragung.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Die bei Ziffer II. 1.6 "Angaben zu den Losen" lautet aus technischen Gründen "Nein". Tatsächlich ist der Auftrag in Fachlose aufgeteilt, wie sich aus Ziffer II. 2.4 "Beschreibung der Beschaffung" dieser Auftragsbekanntmachung ergibt. Alle Teilnehmer und Bieter können Ihre Teilnahmeanträge und Angebote für alle Lose gleichzeitig einreichen und abgeben. Ein Angebot ist nach gesonderter Aufforderung für jedes Los separat zu erstellen.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass durch die Person oder das Verhalten des Bewerbers oder dem Bewerber zuzurechnender Personen keine Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB und § 19 MiLoG begründet sind.
2. Erklärung des Bewerbers, dass er seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nachgekommen ist.
3. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.
4. Erklärung des Bewerbers, dass er nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 (Sanktionen VO) genannten Unternehmen oder Personen mit Russlandbezug gehört. Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, dass dies auch nicht auf die verbundenen Unternehmen zutrifft.
5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregistrauszug oder einen den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.
6. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 5 für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch von Dritten abzugeben.

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seines Umsatzes für Planungsleistungen, die mit den ausgeschriebenen Planungsleistungen vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 122 Abs. 2 Nr. 2 GWB).
2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient und ihm die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen

3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.

4. Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssumme für Personenschäden mindestens 3 Millionen EUR und zusätzlich für sonstige Sach- und Vermögensschäden mindestens 1 Million EUR beträgt. Dies ist durch eine Bescheinigung der Versicherung nachzuweisen. Ausreichend ist eine Bescheinigung, dass die Versicherungssumme im Auftragsfall zur Verfügung steht. Die geforderten Nachweise sind in Textform einzureichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich und unter Angabe der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung, die auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen ist, und unter Angabe der Berufserfahrung in Jahren genannt werden (§ 122 Abs. 2 Nr. 1 GWB).

2. Erläuterung zur Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung innerhalb der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Ingenieure, Techniker etc.) (§ 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB).

3. Erläuterung der technischen Büroausstattung des Bewerbers mit Nennung und detaillierter Beschreibung der mindestens verwendeten Software für den Datenaustausch und die Datensicherung.

4. Will sich der Bieter bei der Leistungserbringung Dritter bedienen, sind die vorgenannten Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch von Dritten abzugeben.

5. Die geforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

1. Der Bewerber hat seine besondere Erfahrung mit der Erbringung von Planungsleistungen für die Technische Gebäudeausrüstung HLS nachzuweisen. Er hat hierzu Referenzobjekte nachzuweisen wie folgt:

- zwei Referenzobjekte über Planungs- und Bauüberwachungsleistungen für die Technische Gebäudeausrüstung HLS in den Anlagengruppen 1, 2 und 3 in einer vergleichbaren Größenordnung mit anrechenbaren Kosten von mindestens 200.000 EUR netto,

- die Objekte müssen fertiggestellt sein; Fertigstellung (d.h. Inbetriebnahme) nach dem 01.01.2018,

- es sollen mindestens die Leistungsphasen 3, 5 und 8 erbracht worden sein.

Zu den Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen. Empfehlungsschreiben sind wünschenswert. Der Bewerber hat für die jeweilige Referenz eine kurze Beschreibung der Maßnahme zu machen (max. 3 DIN A4-Seiten).

Zusätzliche Referenzen erhöhen die Eignung.

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.

Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Für die Referenzangaben kann die vorbereitete Liste (siehe Referenzbogen) genutzt werden. Maßgeblich bleibt der Inhalt der Bekanntmachung. Die angeforderten Auskünfte sind in Textform einzureichen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu führen oder nach den EU-Richtlinien berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen entsprechenden Ingenieur benennen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 10/11/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

1. Die Teilnahmeanträge sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen innerhalb der Teilnahmefrist elektronisch - nur - unter www.dtyp.de (Identifikationsnummer CXP4YK761UB) einzureichen. Hierzu kann das veröffentlichte vorbereitete Teilnahmeformular genutzt werden.

Hinsichtlich der Eigenerklärungen kann der Nachweis vorläufig durch eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung geführt werden. Maßgeblich bleibt jedoch der Inhalt der Bekanntmachung.

2. Das Vergabeverfahren wird elektronisch über die Vergabeplattform geführt. Das bieterindividuelle Postfach auf der Vergabeplattform fungiert als "elektronischer Briefkasten" der Bieter und ist für den Zugang von Erklärungen, Nachforderungen pp. im Vergabeverfahren maßgeblich.

3. Der Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch, der Informationsschreiben gemäß § 134 GWB und sonstiger Schriftverkehr, wie Nachforderungen, erfolgt ebenso über das Bieterpostfach der Vergabeplattform.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YK761UB

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131/165240

Fax: +49 6131/162113

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Der Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe. Der Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

10/10/2023